

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Völkerrecht“

Samstag, 25. April 2026, OPERNPLATZ KASSEL

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein

1. Eröffnung und Verantwortung

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit,

wir sind heute hier in Kassel zusammengekommen, weil wir eine Verantwortung tragen. Es ist die Verantwortung vor Gott, vor unserem eigenen Gewissen und vor den kommenden Generationen. In einer Zeit, in der Gewalt, Krieg und politische Eskalation den Alltag von Hunderten Millionen Menschen prägen, dürfen wir nicht schweigen. Denn Schweigen angesichts von Unrecht ist nicht Neutralität. Schweigen angesichts von Unrecht ist das Verstummen der Gerechtigkeit.

2. Religion als Stimme des Gewissens

Unsere Religionen – der Islam, das Christentum und das Judentum – verpflichten uns gemeinsam zu einem klaren ethischen Maßstab. Der Qur'an fordert uns auf, standhaft für die Gerechtigkeit einzutreten, selbst dann, wenn es uns schwerfällt oder gegen eigene Interessen geht. Er ruft uns dazu auf, das Gute zu gebieten und das Verwerfliche zu verhindern. Die Bibel ruft uns dazu auf, Friedensstifter zu sein und uns nicht von der Mehrheit zum Unrecht verleiten zu lassen. Diese gemeinsamen Grundlagen sind eindeutig: Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Unrecht geschieht, und wir dürfen uns nicht von Macht, Angst oder politischen Interessen davon abhalten lassen, die Wahrheit zu benennen. Gerade als Religionsgemeinschaften dürfen wir nicht zulassen, dass Religion zum Werkzeug der Gewalt wird. Religion darf niemals dazu missbraucht werden, Angriffskriege, Besatzung, Vertreibung oder das Töten von Zivilisten zu rechtfertigen. Religion muss eine Stimme des Gewissens sein. Sie muss den Menschen vor Machtmissbrauch schützen und ihn an die Heiligkeit des Lebens erinnern.

Der Gesandte des Islam, der Prophet Muhammad – Friede sei mit ihm – hat uns gelehrt, dass wir Unrecht nicht hinnehmen dürfen. Wer Unrecht sieht, soll es verändern – mit seiner Hand, mit seiner Stimme oder wenigstens mit seinem Herzen. Diese Lehre ist keine symbolische Moral. Sie ist ein Auftrag. Und genau aus diesem Auftrag heraus stehen wir heute hier. Wir stehen hier nicht, um Stimmungen zu bedienen. Wir stehen hier, um Verantwortung zu bezeugen. Wir stehen hier, weil unser Glaube, unser Gewissen und unser Verständnis von Menschlichkeit uns dazu verpflichten.

3. Der Flächenbrand im Nahen Osten und die Frage nach Wahrheit und Verantwortung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn wir die aktuelle Lage im Nahen und Mittleren Osten betrachten, dann müssen wir eine Wahrheit aussprechen:

Wir haben es längst nicht mehr mit einzelnen Konflikten zu tun.
Wir erleben einen zusammenhängenden Flächenbrand –
von Gaza über das Westjordanland und den Libanon bis hin zum Iran.

Dieser Konflikt ist nicht nur regional.
Er hat längst politische, wirtschaftliche und humanitäre Folgen für die ganze Welt.

Und genau deshalb ist es entscheidend, dass wir die Realität klar benennen.

Die militärischen Angriffe auf den Iran gingen von den USA und von Israel aus.
Der Iran ist in diesem Zusammenhang der angegriffene Staat.

Wer diese Realität verschweigt oder relativiert, verwischt die grundlegende Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem.

Und genau dort beginnt die Erosion des Rechts.

Doch stellen wir die entscheidende Frage ganz konkret:

Wer hat hunderttausend unschuldige Zivilisten getötet?
Nicht der Iran – Israel.

Wer hat tausende Kinder getötet?
Nicht der Iran – Israel.

Wer bombardiert Städte, Krankenhäuser, Schulen und Flüchtlingslager?
Nicht der Iran – Israel.

Wer greift regelmäßig Nachbarländer an?
Nicht der Iran – Israel.

Diese Fragen sind unbequem –
aber sie müssen gestellt werden.

Denn ohne Wahrheit gibt es keine Gerechtigkeit.
Und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden.

Frieden entsteht nicht durch Verdrängung der Realität.
Frieden entsteht nicht durch politische Narrative.

Frieden entsteht durch Wahrheit, durch Recht und durch Verantwortung.

4. Machtpolitik, Täuschung und die moralische Prüfung unserer Zeit

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben derzeit eine Entwicklung, die uns alle zutiefst beunruhigen muss.

Besonders gefährlich ist die Sprache der politischen Führung der USA, insbesondere von Donald Trump. Wenn öffentlich davon gesprochen wird, eine ganze Zivilisation zu zerstören, dann ist das keine verantwortungsvolle Politik eines zivilisierten Staatsmannes. Das ist nicht die Sprache eines Rechtsstaates – das ist die Sprache eines barbarischen Herrschers aus längst überwunden geglaubten Zeiten.

Eine solche Rhetorik ist eine Drohung gegen die Grundlagen der internationalen Ordnung und gegen den Weltfrieden.

Hier zeigt sich eine gefährliche Entwicklung:
Macht wird über Recht gestellt.

Und wo Macht über Recht steht, kehren wir zurück zum Prinzip des Rechts des Stärkeren.
Und eines ist klar: Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht.

Gleichzeitig erleben wir eine politische Inszenierung, die mit der Realität wenig zu tun hat.

Donald Trump bezeichnet sich selbst als „Friedensstifter“.
Doch die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild:

Wir sehen eine Politik der Eskalation statt der Deeskalation.
Wir sehen Kriege, Zerstörung und Vertreibung.
Wir sehen tausende zivile Opfer – darunter viele Kinder.

Wer Angriffskriege führt, Konflikte verschärft und Regionen destabilisiert, kann sich nicht glaubwürdig als Friedensstifter darstellen. Wer einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beginnt und fortsetzt, kann nur als Kriegstreiber bezeichnet werden.

Und während politische Inszenierungen stattfinden, müssen wir den Blick auf die Realität richten. Wenn wir nach Gaza schauen, sehen wir eine humanitäre Katastrophe von erschütterndem Ausmaß. Seit Oktober 2023 wurden über 75.000 Zivilisten getötet, darunter etwa 20.000 Kinder. Millionen Menschen wurden vertrieben. Ganze Städte wurden zerstört. Die grundlegende Versorgung mit Wasser, Nahrung und medizinischer Hilfe ist zusammengebrochen.

Doch diese Realität ist nicht nur unsere Wahrnehmung. Der aktuelle Jahresbericht von Amnesty International, der am 21. April vorgestellt wurde, ist eine erneute Bestätigung dafür:

Die israelische Regierung habe im Gazastreifen Völkermord begangen sowie zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt. Selbst nach einem Waffenstillstand seien diese Handlungen fortgesetzt worden. Zugleich verweist der Bericht auf ein umfassendes Apartheidsystem gegen die palästinensische Bevölkerung – insbesondere im Westjordanland – begleitet von militärischer Gewalt und zunehmenden Angriffen durch Siedler.

Und besonders erschütternd ist eine weitere Feststellung:

Obwohl zahlreiche internationale Organisationen und Staaten diese Verbrechen benannt haben, haben die mächtigsten Regierungen der Welt nicht ausreichend gehandelt, um diese Entwicklung zu stoppen.

Das ist nicht nur ein politisches Versagen.

Das ist eine moralische Anklage gegen unsere Zeit.

Denn Gaza ist zu einem Prüfstein unseres Gewissens geworden.

Entscheidend ist nicht nur, was dort geschieht – sondern wie die Welt darauf reagiert.

Oder eben nicht reagiert.

Und dennoch – trotz all dieser Realität – dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben.

Die aktuelle Waffenruhe zwischen den USA und dem Iran ist fragil. Die Verhandlungen in Islamabad sind in den letzten Wochen ohne Einigung zu Ende gegangen. Aber wir hoffen, dass die Verhandlungen heute in Islamabad wieder aufgenommen werden. Wir hoffen, dass nicht mehr Waffen sprechen, sondern Worte. Dass nicht mehr zerstört wird, sondern aufgebaut wird.

Doch wir müssen auch realistisch bleiben: Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass Waffenruhen immer wieder gebrochen wurden – dass selbst während Verhandlungen weiter bombardiert wurde – von USA und Israel.

Währenddessen bleibt die Lage in Gaza katastrophal.
Auch im Libanon und im Westjordanland setzen sich Gewalt und Vertreibung fort.

Deshalb sagen wir klar:

Waffenruhen dürfen keine taktischen Pausen im Krieg sein.
Sie müssen echte Schritte auf dem Weg zum Frieden sein.

Denn:
Frieden braucht Vertrauen.
Frieden braucht Verlässlichkeit.
Frieden braucht Taten – nicht Worte.

5. Doppelte Maßstäbe, Völkerrecht und die Krise der Glaubwürdigkeit

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir müssen eine zentrale Frage stellen:

Nach welchen Maßstäben wird menschliches Leben bewertet?

In unserem Grundgesetz heißt es:
„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Doch dieser Anspruch verliert seine Glaubwürdigkeit,
wenn menschliches Leid unterschiedlich wahrgenommen wird.

Wenn einzelne Opfer in Israel große Aufmerksamkeit erhalten,
während hunderttausende getötete Zivilisten in Gaza, im Libanon, im Westjordanland oder
im Iran kaum Beachtung finden, dann entsteht ein gefährlicher Eindruck:

Dass menschliches Leben unterschiedlich viel wert ist.

Das ist nicht nur moralisch problematisch –
das ist auch pädagogisch verheerend.

Denn junge Menschen sehen diese Widersprüche
und stellen zu Recht die Frage:

Gilt die Würde des Menschen wirklich für alle?

Genau dieselben doppelten Maßstäbe sehen wir im Völkerrecht.

Wenn Russland völkerrechtswidrig handelt, wird das zu Recht verurteilt.

Doch wenn die USA und Israel militärische Angriffe durchführen, fehlt diese Klarheit völlig.

Eine internationale Ordnung kann aber nur bestehen, wenn das Recht für alle gilt – ohne Ausnahme. Alles andere ist kein Recht, sondern Machtpolitik.

Hinzu kommt eine verzerrte Wahrnehmung:

Ein Staat, konkret gesagt, Israel wird selbst dann als legitim dargestellt, wenn er angreift, während ein anderer, nämlich Iran selbst dann als Bedrohung gilt, wenn er angegriffen wird. Das verdreht die Realität und es vertieft das Unrecht.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es gibt Momente, in denen man Klartext sprechen muss.

Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat es getan. Er hat gesagt:

Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig.

Klar.

Eindeutig.

Unmissverständlich.

So spricht jemand, der das Recht ernst nimmt.

Doch was macht die Bundesregierung?

Sie schweigt.

Sie weicht aus.

Sie vermeidet eine klare Haltung.

Und noch mehr:

Statt diese klare Stimme des Bundespräsidenten zu stärken, wird sie relativiert.

Das ist nicht nur enttäuschend. Das ist politisch gefährlich.

Denn ein Staat wie Deutschland, der sich zum Völkerrecht bekennt, darf nicht schweigen, wenn dieses Recht gebrochen wird.

Recht ist keine Frage der Bequemlichkeit.
Recht ist eine Frage der Haltung.

Und genau diese Haltung fehlt hier in Deutschland.

Was wir erleben, ist ein fatales Signal:

Dass Recht offenbar verhandelbar ist.
Dass Bündnisse wichtiger sind als Gerechtigkeit.
Dass der Mut zur Wahrheit von politischen Interessen abhängt.

Und deshalb frage ich:

Was bleibt von unserem Rechtsstaat, wenn er international schweigt?
Was bleibt vom Völkerrecht, wenn es nicht mehr verteidigt wird?

Deshalb sagen wir heute hier in aller Klarheit:

Das Völkerrecht gilt für alle – oder es gilt gar nicht.

6. Papst Leo XIV – Stimme des Gewissens

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass eine klare und mutige Stimme aus der religiösen Welt deutlich Stellung bezogen hat: Papst Leo XIV.

Er hat den Angriffskrieg und die Eskalation im Nahen Osten unmissverständlich kritisiert und insbesondere die Drohungen, eine ganze Zivilisation auszulöschen, als moralisch inakzeptabel bezeichnet. Damit hat er genau das getan, was die Aufgabe eines Religionsvertreters ist: nicht Macht zu legitimieren, sondern das Gewissen der Menschheit zu verteidigen.

Er erinnert uns daran, an die Unschuldigen zu denken – an die Kinder, an die älteren Menschen, an all jene, die Opfer dieser Eskalation sind – und ruft dazu auf, zum Dialog zurückzukehren, bevor Konflikte in Gewalt enden.

Doch der Papst geht noch weiter. Er sagt mit ungewöhnlicher Klarheit: Unsere Welt werde „von wenigen Tyrannen zerstört“. Und er warnt eindringlich vor dem Missbrauch der Religion für politische Zwecke:

„Wehe denen, die die Religionen und selbst den Namen Gottes für ihre militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zwecke verbiegen und damit das Heilige in Schmutz und Finsternis ziehen.“

Besonders eindrucksvoll sind seine Worte:

„Schluss mit der Selbstvergötterung und mit der Vergötzung des Geldes!
Schluss mit der Zurschaustellung von Macht!
Schluss mit dem Krieg!
Wahre Stärke zeigt sich im Dienst am Leben.“

Diese Worte treffen den Kern.

Denn wir erleben heute, dass Religion missbraucht wird –
um Kriege zu rechtfertigen,
um Machtpolitik zu legitimieren
und um Gewalt moralisch zu verschleiern.

Der Papst erinnert uns an eine einfache, aber tiefgreifende Wahrheit:
Ein Augenblick genügt, um zu zerstören –
doch oft reicht ein ganzes Leben nicht aus, um wieder aufzubauen.

Und genau das sehen wir heute in Gaza, im Libanon und in der gesamten Region.

Milliarden fließen in Waffen und Zerstörung –
während Mittel für Bildung, Heilung und Wiederaufbau fehlen.

Diese Worte sind mehr als Analyse.
Sie sind eine moralische Anklage.

Gerade deshalb verdient die Haltung des Papstes Respekt.
Sie sollte ein Vorbild sein – für Kirchen weltweit und für alle Religionsgemeinschaften.

Denn eines ist klar:
Religion darf niemals an der Seite eines Angriffskrieges stehen.
Religion muss immer an der Seite des Friedens stehen.

Religion muss eine Stimme des Gewissens bleiben – nicht ein Echo der Macht.

7. Ideologie als Brandbeschleuniger: Die Gefahr religiöser Narrative

Ein besonders gefährlicher Aspekt ist der Einfluss extremistischer religiöser Deutungen auf politische Entscheidungen – sowohl in Teilen des christlichen als auch des jüdischen Spektrums.

In den Vereinigten Staaten gibt es einflussreiche evangelikale Strömungen, die politische Entwicklungen im Nahen Osten mit religiösen Endzeiterwartungen verbinden. Gleichzeitig beobachten wir auch innerhalb der israelischen Politik religiös-nationalistische Strömungen, die territoriale Ansprüche über die international anerkannten Grenzen hinaus rechtfertigen.

Diese Deutungen bleiben nicht ohne politische Folgen. Sie führen dazu, dass militärische Eskalationen teilweise als notwendiger Schritt in einem religiösen Endzeitgeschehen betrachtet werden.

Hier müssen wir in aller Klarheit sagen: Weder im Namen des Christentums noch im Namen des Judentums noch im Namen irgendeiner Religion dürfen Angriffskriege legitimiert werden. Nicht Ideologie darf die Politik bestimmen – sondern Recht, Verantwortung und Menschlichkeit.

8. Sicherheit, Existenzrecht und unsere Kritik am Gesetzentwurf

In der politischen Debatte wird immer wieder die Sicherheit bzw. das Existenzrecht Israels betont. Doch eine entscheidende Frage bleibt:

Gilt dieses Recht nur für einen Staat – oder für alle Völker in der Region? Was ist mit der Sicherheit der Menschen in Gaza, in Palästina, im Libanon, im Iran oder in Syrien?

Unsere Position ist klar und eindeutig:

Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit.

Und es gibt keine Sicherheit für einen Staat ohne Sicherheit für alle.

Deshalb sagen wir ebenso klar:

Israel existiert – und dieses Existenzrecht steht nicht zur Disposition.

Aber ebenso gilt:

Auch Palästina hat ein Existenzrecht – politisch, rechtlich und menschlich.

Eine gerechte Lösung kann nur auf Grundlage des Völkerrechts entstehen – auf Basis der international anerkannten Grenzen von 1967, mit zwei Staaten, die in Frieden, Sicherheit und gegenseitigem Respekt existieren.

Doch genau hier entsteht ein Widerspruch, den wir nicht verschweigen dürfen.

Die hessische Landesregierung plant ein Gesetz, das die Leugnung des Existenzrechts Israels unter Strafe stellen soll. Wir sehen diesen Gesetzentwurf kritisch – nicht, weil wir dieses Existenzrecht in Frage stellen, sondern weil er einseitig ist und zentrale Probleme ausblendet. Denn während ein Existenzrecht strafrechtlich geschützt werden soll, wird das Existenzrecht des palästinensischen Volkes in der politischen Realität seit Jahrzehnten untergraben.

Ein solches Gesetz birgt die Gefahr, dass legitime Kritik an staatlichem Handeln eingeschränkt wird, dass unklare Begriffe zu Rechtsunsicherheit führen und dass der Eindruck doppelter Maßstäbe weiter verstärkt wird.

Und genau das hilft weder dem Kampf gegen Antisemitismus noch dem Frieden.

Deshalb sagen wir in aller Klarheit:

- Wir lehnen jede Form von Antisemitismus entschieden ab.
- Wir erkennen das Existenzrecht Israels an.
- Und wir fordern mit gleicher Entschlossenheit die Anerkennung des Existenzrechts Palästinas.

Denn:

Frieden entsteht nicht durch einseitige Strafgesetze –
Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.

Wer das Existenzrecht Israels schützt,
muss auch das Existenzrecht Palästinas schützen.

Alles andere führt nicht zu Frieden –
sondern zu neuer Ungerechtigkeit.

9. Glaubwürdigkeit, Verantwortung und die Zukunft unserer Kinder

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein Punkt erschüttert mich besonders – als Pädagoge und als Mensch:
der Widerspruch zwischen dem, was wir unseren Kindern beibringen, und dem, was wir
ihnen vorleben.

Wir lehren sie:
Konflikte ohne Gewalt zu lösen.
Recht zu achten.
Dass niemand selbst Richter und Henker sein darf.

Und dann schauen diese Kinder in die Welt –
und sehen das Gegenteil.

Sie sehen, dass mächtige Staaten über Krieg und Frieden entscheiden,
über Leben und Tod –
ohne Recht, ohne Gericht, ohne Völkerrecht.

Das ist keine Politik.
Das ist Selbstjustiz auf globaler Ebene.

Und sie fragen uns:
Gilt das Recht wirklich für alle –
oder nur für die Schwachen?

Wenn wir darauf keine ehrliche Antwort haben,
verlieren wir mehr als Glaubwürdigkeit.
Wir verlieren das Vertrauen der nächsten Generation.

Deshalb sagen wir heute klar:

Das Völkerrecht ist keine Empfehlung – es ist eine Verpflichtung.
Recht gilt für alle – oder es gilt gar nicht.

Und genau deshalb stehen wir heute hier:

Nicht aus Routine, sondern aus Überzeugung.
Weil jedes menschliche Leben gleich viel wert ist.
Weil Frieden nicht durch Macht entsteht – sondern durch Gerechtigkeit.

Wir schweigen nicht.
Wir weichen nicht zurück.
Wir stehen auf – für Recht und für Menschlichkeit.

Denn:

Frieden entsteht nicht durch Waffen.
Frieden entsteht durch Recht.
Frieden entsteht nicht durch Macht.
Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.